

Hefte aus Burgscheidungen

Gertrud Illing

Der deutsche Kolonialismus
und der Neokolonialismus
des Bonner Staates



66

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union.

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Gertrud Illing

Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
I. Die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus bis 1918	7
1. Die Entwicklung des Kolonialgedankens in Deutschland	7
2. Die Bildung des deutschen Kolonialreiches (1884 bis 1890)	10
II. Die Kolonialpolitik der Hitlerfaschisten	23
III. Das Wiedererstehen der deutschen imperialistischen Kolonialpolitik in Gestalt des westdeutschen Neokolonialismus	25
Schlußbetrachtung	36

Einleitung

Im März 1960 wurde in Berlin die „Deutsch-Afrikanische Gesellschaft“ der Deutschen Demokratischen Republik gegründet; zu ihrem Vizepräsidenten wurde der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, gewählt.

Im Gegensatz zu der in Bonn bestehenden Gesellschaft gleichen Namens, die die Traditionen des deutschen Kolonialismus pflegt, hat die „Deutsch-Afrikanische Gesellschaft“ der DDR sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Völkern Afrikas im Geiste echter Völkerfreundschaft zu vertiefen und ihnen so bei der Überwindung der unseligen Erbschaft des Kolonialsystems zu helfen.

Es ist die Herrschaft der Arbeiterklasse, die diesen neuen Beziehungen des sozialistischen Weltlagers zu den bisher unterdrückten Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas das Gepräge gibt; denn sie, die ebenfalls Jahrhunderte hindurch unterdrückt und ausgebeutet wurde, ist jederzeit bereit, den Völkern, die in der gleichen Lage waren und sind, uneigennützig und kameradschaftlich Hilfe zu gewähren.

„Hilfe“ bieten freilich auch die bisherigen Kolonialmächte an, aber gerade in den beiderseitigen Hilfsangeboten spiegelt sich der jeweilige Charakter der beiden Systeme wider. Während die sogenannte „Entwicklungshilfe“ der USA und ihrer Satelliten den Zweck verfolgt, mit neuen und raffinierteren Methoden den jungen Völkern das alte Joch aufzuerlegen, sind die sozialistischen Staaten bestrebt, ihnen vor allem die Möglichkeit zu geben, eine eigene nationale Wirtschaft aufzubauen und so zur politischen Souveränität auch die wirtschaftliche Selbständigkeit zu erreichen.

„Die Länder des Sozialismus halten es für ihre internationale Pflicht, die Völker bei der Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit auf jede Weise und ohne Rücksicht auf deren sehr differenzierte politische, ökonomische und soziale Aspekte aktiv moralisch wie materiell zu unterstützen¹⁾.“

Diese Unterstützung zeigt sich nicht nur in der Beratung und Hilfe bei der Projektierung und dem Aufbau industrieller Anlagen. Sie findet ihren Ausdruck auch in der Heranbildung einer eigenen wissenschaftlichen und technischen Intelligenz. Daß hierbei von einer Diskriminierung der farbigen Studenten

¹⁾ Referat von Prof. Dr. Markov auf der Konferenz „Probleme des Neokolonialismus“ vom 5.–8. 4. 61 in Leipzig

nicht die Rede sein kann, wie sie in den westlichen Staaten, vor allem in Westdeutschland als Folge des dort wiederbelebten faschistischen Ungeistes, an der Tagesordnung ist, versteht sich aus dem Charakter unseres Staates von selbst. Die Tatsache, daß unsere außereuropäischen Gäste die gleichen Vorteile wie die deutschen Studenten genießen, hat bekanntlich bereits eine große Anzahl von ihnen veranlaßt, dem Bonner Staat den Rücken zu kehren und ihre Ausbildung an unseren Hochschulen zu beenden. Die sich daraus ergebenden freundschaftlichen Beziehungen werden dazu beitragen, die anti-imperialistischen Potenzen in ihren Heimatländern zu stärken und das Ansehen unserer Deutschen Demokratischen Republik bei den jungen nationaldemokratischen Staaten weiter zu heben.

Wir erfüllen mit dieser Unterstützung der jungen Nationalstaaten zugleich „eine humanistische Pflicht und das Gebot der internationalen Solidarität“, wie dies Walter Ulbricht in seiner Ansprache vor dem Diplomatischen Korps am 26.9.1960 darlegte, als er über die Grundsätze unserer Außenpolitik ausführte:

„Die beiden grundverschiedenen Traditionen in der Geschichte Deutschlands werden auch in der Einstellung der beiden deutschen Staaten zur antikolonialen Befreiungsbewegung, zu den Nationalstaaten Lateinamerikas und zu den jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas offenbar ... Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten — in engster Gemeinschaft mit dem Monopolkapital der USA — möchten das Rad der Geschichte zurückdrehen, die um ihre Freiheit ringenden Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an die Kette legen und die jungen Nationalstaaten im Zeichen des Neokolonialismus wieder in imperialistische Botmäßigkeit zwingen. Das sind die schlechtesten Traditionen der deutschen Kolonialherren und Militaristen, die im Westen Deutschlands wieder die Politik beeinflussen und immer mehr beherrschen.“

Die Deutsche Demokratische Republik verfolgt eine andere Tradition des deutschen Volkes im Verhältnis zu den Ländern und Völkern, die unter kolonialer Unterdrückung schmachten und ihren nationalen Befreiungskampf führen, nämlich die Tradition der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Humanisten, die immer die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung verachteten und bekämpften, die immer das heilige Recht der kolonial unterdrückten Völker auf Freiheit, Menschenwürde und ein nationalstaatlich selbständiges glückliches Leben aller Völker verfolgten.“

I. Die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus bis 1918

1. Die Entwicklung des Kolonialgedankens in Deutschland

Über Westdeutschland ergießt sich gegenwärtig eine Flut apologetischer Schriften, die sich mit dem „alten“ deutschen Kolonialismus befassen und deren Haupttenor es ist, das Märchen von der „humanen“ Kolonialpolitik des kaiserlichen Deutschland zu propagieren. Der Zweck ist durchsichtig: angesichts des von Bonn eifrigst betriebenen Neokolonialismus soll die frühere deutsche Kolonialpolitik rehabilitiert werden, soll bei den westdeutschen Bürgern und bei den Völkern, die sich vom kolonialen Joch befreit haben oder noch um ihre Freiheit kämpfen, der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland sich niemals mit der furchtbaren Schuld des Kolonialismus belastet habe.

Kann aber diese Lesart einer ernsthaften Kritik standhalten?

Deutschland, das infolge der historischen Besonderheiten seiner nationalen Entwicklung erst spät in die Reihe der kapitalistischen Staaten eintrat, begann auch mit der kolonialen Expansion — wenn man von dem mißglückten Versuch Friedrich Wilhelms von Brandenburg, des „Großen Kurfürsten“, bereits im 17. Jahrhundert in Afrika Fuß zu fassen, absieht — erst weitaus später als die übrigen imperialistischen Länder. Schon deshalb zeigte sich auch in der deutschen Kolonialpolitik der besonders aggressive und räuberische Charakter des deutschen Imperialismus, der den Vorsprung Englands und Frankreichs in bezug auf Kolonialbesitz einzuholen trachtete.

Die Begehrlichkeit des jungen imperialistischen Emporkömmings erweckte jedoch auch bei den anderen Kolonialmächten neuen Appetit. Es kam damit in den letzten 20 Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem Wettlauf der miteinander rivalisierenden Staaten um die noch nicht verteilten Gebiete der Erde, zumal jetzt auch die beiden anderen jungen Großmächte, Nordamerika und Japan, ihre Forderungen anmeldeten. Nachdem Amerika die vor seinen Toren liegenden Gebiete von Kuba und Portoriko geschluckt und sein Einflußgebiet bereits bis Hawaii erweitert hatte, griff es jetzt noch weiter über den Bereich des afrikanischen Kontinents hinaus und nahm Spanien seinen letzten kolonialen Besitz, die Philippinen, ab. Auch Japan griff auf das ostasiatische Festland über und bemühte sich um Korea und um eine stärkere Einflußnahme in der Mandschurei. Bei diesem Raubzug wurde es unterstützt durch die von ihm geschürten Wirren in China, dessen Schwäche das Riesenreich auch den anderen imperialistischen Mächten als begehrenswertes Ausbeutungsobjekt erscheinen ließ.

Die Rivalität der alten Kolonialmächte war ein Umstand, der auch die deutsche Kolonialexpansion außerordentlich begünstigte. Bei den zwischen ihnen bestehenden und erwachsenen Gegensätzen war Deutschland für alle Teile ein gesuchter Bündnispartner. Bismarck verstand es, die durch die Widersprüche unter den Imperialisten entstandene außenpolitische Situation geschickt zu nützen, indem er die Kolonialinteressen der einzelnen Staaten gegeneinander ausspielte, ohne sich selbst irgendwie zu binden. Besonders England, dessen Interessen im Vorderen Orient und in Asien mit denen Rußlands zusammenstießen und das mit Frankreich in West- und Nordafrika kollidierte, versuchte eine Annäherung an Deutschland. Die Niederlage, die Italien im Konkurrenzkampf um Tunis gegen Frankreich einstecken mußte, gab andererseits den letzten Anstoß zur Entstehung des Dreibundes zwischen Deutschland, Osterreich und Italien.

So gewann Deutschland durch die internationalen Interessengegensätze der achtziger Jahre freie Hand, ohne „kriegerische“ Auseinandersetzungen sich in Afrika und der Südsee ebenfalls ein Kolonialreich zusammenzuräubern, da die präsumtiven Gegner eines deutschen Kolonialismus viel zu sehr mit ihren eigenen Schwierigkeiten beschäftigt waren, als daß sie wirksam ihr Veto einlegen konnten. Allerdings bezog sich die Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen eben nur auf die europäischen Mächte; denn wenn auch der Erwerb der Kolonien sich „friedlich“ vollzog, so erforderte deren Behauptung oftmals noch blutige Kämpfe mit den Eingeborenen, die an Grausamkeit den von England geführten Kolonialkriegen kaum nachstanden. Besonders typisch sind in dieser Hinsicht die „Befriedung“ von Deutsch-Ostafrika, die Niederwerfung der Eingeborenen-Aufstände in Deutsch-Südwest und der China-Feldzug, bei dessen Beginn Wilhelm II. den ausziehenden deutschen Truppen empfahl, die Chinesen so zu behandeln, daß „kein Gelber es wagen würde, einen Deutschen in Zukunft auch nur scheinbar anzusehen“.

Das Handelskapital, vertreten durch einige hanseatische Großkaufleute und Reeder, unterstützt vom Finanzkapital, vor allem in Gestalt der prokolonialistischen Disconto-Gesellschaft, wurde der Geburtshelfer der deutschen Kolonialexpansion. Der Übergang vom Freihandel zur protektionistischen Schutzzollpolitik, der als Folge der krisenhaften Entwicklung der siebziger Jahre in den meisten Staaten vollzogen wurde, führte dazu, daß im Verlaufe der achtziger Jahre auch solche Kreise des hanseatischen nichtmonopolistischen Bürgertums Fürsprecher der Kolonialexpansion wurden, die ihr bisher ablehnend gegenübergestanden hatten und deren Überseehandel durch die allgemeine Abkehr vom Freihandel bedroht war. Allerdings konnte „von einer Förderung der Bismarckschen Kolonialpolitik durch die Gesamtheit der Hansestädte ... nicht die Rede

sein“²⁾. Trotzdem schob „die Kolonialpropaganda der Hochfinanz in den achtziger Jahren den angeblich unbezähmbaren Drang der hanseatischen Überseekaufleute nach Kolonien agitatorisch in den Vordergrund, um selbst nicht allzu augenfällig als Interessent in Erscheinung zu treten“³⁾.

Als weiteres wirksames Argument bot sich den Kolonialpropagandisten die sogenannte Auswandererfrage an. Durch die Auswanderung verlor nicht nur der deutsche Militarismus jährlich Tausende von Soldaten, sondern es wurde auch das an sich schon durch die „Ostflucht“ bestehende Arbeitskräfteproblem des ostelbischen Großagariertums verschärft. Wurde diesen Auswanderern — so argumentierten die Reklametrommler des Kolonialismus — die Möglichkeit einer Ansiedlung in deutschen Kolonien geboten, so bliebe er Deutscher und verfiel nicht dem „Aufsaugungsprozeß“ in seiner neuen Heimat. „So wurde die Auswanderungsfrage künstlich mit den Kolonialinteressen der herrschenden Klasse verknüpft“⁴⁾.

Daß die Sozialdemokratie diesen Versuch der Ausdehnung der kolonialen Massenbasis auf die Arbeiterklasse erkannte, bewies die Äußerung Wilhelm Liebknechts in der Reichstagsdebatte am 4. März 1885:

„Sie exportieren einfach die soziale Frage. Sie zaubern vor die Augen des Volkes eine Art Fata Morgana auf dem Sande und den Sümpfen Afrikas... Im Lande selbst kann allein die soziale Frage gelöst werden, niemals durch die Kolonialpolitik in der Ferne.“⁵⁾

Wie richtig diese Einschätzung war, lehrte in der Folgezeit die Entwicklung der deutschen Kolonien, die für die Masse der Auswanderer — sie rekrutierten sich vorwiegend aus kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten — kaum Ansiedlungsmöglichkeiten boten. Die für die europäische Ansiedlung geeigneten Gebiete waren konzessioniertes Territorium der großen Kolonialgesellschaften, die an einer deutschen Farmer- und Siedlerbevölkerung in größerem Ausmaß kein Interesse hatten. Bezeichnend hierfür ist das Verhalten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG), die in einem in den Akten des Reichskolonialamtes befindlichen Schreiben vom 21. August 1885 erklärte, „sie weise jedes Kolonialanerbieten aus kleinbäuerlichen Kreisen, von dem eigentlichen Proletariat ganz abzusehen, prinzipiell zurück“⁶⁾. Wie zählbig gleichwohl diese Version war, beweist deren unveränderte Aufnahme in die 1922, d. h. nach dem Ausscheiden

2) Hagen, M. v., Bismarcks Kolonialpolitik, Stuttgart-Gotha 1923, S. 60, zit. bei: Fr. Ferd. Müller, Deutschland — Zanzibar — Ostafrika, Berlin 1959, S. 41, Anm. 15

3) Müller, Deutschland — Zanzibar — Ostafrika, S. 41

4) Müller, a.a.O., S. 43

5) ebenda

6) Müller, a.a.O., S. 45

Deutschlands als aktive Kolonialmacht, herausgegebene Neuauflage eines 1914 erschienenen apogetischen Werkes:

„Das Vorgehen aller“ (der neuesten Kolonialmächte — d. Vf.) „ist aber von dem starken Völkern eigenen imperialistischen Ausdehnungsdrang bestimmt worden, der seinem Volkstum in der Welt eine möglichst starke Ausdehnungsmöglichkeit auf eigenem Grund und Boden zu verschaffen und ebenso einem möglichst großen Teile der Erde den eigenen Charakter aufzuprägen versucht“ (Hervorhebungen von mir — d. Vf.)⁷⁾

Einige Seiten weiter läßt sich der Verfasser ebenso offenerzig über den ökonomischen Hintergrund des Kolonialismus aus:

„Die Industrie ist der Verbraucher jener Weltmarktrohstoffe, für deren Produktion sie, soweit die Heimat nicht genügt, Kolonien verlangt... Hier ist das beteiligte Kapital für sich und die Gesamtheit des Volkes in die Bresche gesprungen und wird sich, reichen die jetzigen Kolonien nicht aus, für Neuerwerbungen einsetzen“ (Hervorhebung von mir — d. Vf.)⁸⁾

Was aber dann, wenn die „neu zu erwerbenden Kolonien“ bereits in „festen Händen“ waren, wie es doch 1914 — d. h. bei Erscheinen des Buches — unzweifelhaft bei allen Gebieten, die irgendwie Profit versprachen, der Fall war? Die einzige Möglichkeit, diesem „berechtigten imperialistischen Ausdehnungsdrang“ Deutschlands Raum zu schaffen, war doch wohl der imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Welt. So war der Krieg auch für das dem Imperialismus immanente koloniale Expansionsstreben die „ultima ratio“, das letzte, ja das einzige Mittel.

2. Die Bildung des deutschen Kolonialreiches (1884 bis 1890)

Obwohl bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts vorwiegend aus den Kreisen des Bürgertums und des Kleinbürgertums Vorschläge für eine deutsche Kolonialpolitik, die z. T. recht phantastisch waren, gemacht worden waren, fanden diese Projekte bis zum Ende der siebziger Jahre wenig Anklang in den Kreisen der deutschen Großbourgeoisie. Das Finanzkapital war noch nicht bereit, in ein Geschäft einzusteigen, das hohe Anlagen erforderte und damals noch, auf lange Sicht betrachtet, nur wenig Gewinn versprach. Ein Teil seiner Vertreter begann sich erst dann zögernd dafür zu erwärmen, als auf den die Gründerjahre beendenden Krach eine langandauernde wirtschaftliche Depression folgte. Noch immer richtete sich zwar das Hauptaugenmerk auf die Vermögensanlage in der heimischen

Schwerindustrie, so daß die Gegenstimmen gegen eine koloniale Expansion in den Kreisen der Hochfinanz so stark waren, daß z. B. die Samoa-Vorlage 1880 im Reichstage zu Fall gebracht wurde; doch gab es bereits einige Banken — hier sind vor allem die Disconto-Gesellschaft und Bleichröder zu nennen —, die sich für eine deutsche Kolonialpolitik einsetzten. Allerdings ging das erwachende Interesse der Hochfinanz an kolonialen Erwerbungen nicht so weit, nun auch das Risiko dafür zu übernehmen; das überließ sie „großzügig“ dem Reich, d. h. die Mittel für die Kolonialpolitik, zu der sie in ihrem Interesse die Regierung drängte, flossen aus den Taschen der Steuerzahler.

Die Krise von 1873 und die folgenden Jahre trieben auch solche Schichten des mittleren und Kleinbürgertums dem Kolonialchauvinismus in die Arme, die sich bisher reserviert verhalten hatten. Auch sie glaubten — bestochen von der intensiv betriebenen Agitation der „Kolonialpioniere“ —, in der Errichtung eines deutschen „Überseereiches“ das Allheilmittel für ihre von der Krise und deren Folgen bedrohte Existenz gefunden zu haben. Entsprechend dem Wolfsgesetz des Kapitalismus hatten die Krisenjahre die Monopolbildung in Deutschland wesentlich beschleunigt, und es ist eine gesetzmäßige Erscheinung in der Entwicklung des deutschen Imperialismus, daß die Monopolisierung der Wirtschaft in engem kausalem Zusammenhang steht mit dem Auftrieb, den der Gedanke einer deutschen kolonialen Expansion in derselben Zeit erfährt.

Der organisatorische Zusammenschluß jener Kolonialinteressen aus den mittelständischen Schichten erfolgte in der „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Zu ihren Gründern zählten u. a. Vertreter der hohen Aristokratie und Großagrarien, wie der Herzog von Ratibor, der Fürst von Hohenlohe-Langenburg, der Graf zu Stolberg-Wernigerode, Graf Armin Boitzenburg, ferner Vertreter der Großindustrie und Hochfinanz, wie z. B. Baare, Brüning, Siegle und Stumm sowie Ackermann, von Bennigsen, Hammacher, Freiherr von Heereman, H. H. Meyer und J. Miquel. Dazu kamen in der „Abteilung Berlin des Kolonialvereins“ führende Vertreter der Großbanken, und es ist interessant, festzustellen, daß der gerade in der hohen Aristokratie „liebvoll“ gepflegte Antisemitismus vor diesen millionenschweren Bankherren Halt machte.

Daß in diesem erlauchten Kreise auch die Vertreter der Schwerindustrie nicht fehlen durften, versteht sich von selbst, und so finden wir als prominente Mitglieder der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ nicht nur die Herren Krupp, Haniel, Röchling, Hoesch, Kirdorff, Henckel-Donnersmarck, Kardorff und z. T. deren Familienangehörige — größtenteils Namen, die auch in Verbindung mit dem heutigen westdeutschen Neokolonialismus genannt werden! —, sondern als korporative Mitglieder auch Interessenverbände — wie den Zentralverband deutscher Industrieller, den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, den Verein deutscher Eisenhüttenleute — und

⁷⁾ 30 Jahre deutsche Kolonialpolitik. Hrsg. von Paul Leutwein, Berlin 1922, S. 388

⁸⁾ ebenda, S. 394

Firmen, vor allem die am stärksten konzentrierten Unternehmen der Bergbau- und Hüttenindustrie⁹⁾.

In dieser Verbindung der Großbourgeoisie mit dem Adel zum Zwecke der Propagierung der kolonialen Expansion spiegelt sich die Festigung des Klassenbündnisses wider, das dem deutschen Imperialismus überhaupt sein besonderes Gepräge gab. Mit der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ hatten sich die interessierten Kreise die von Bismarck für erforderlich gehaltene Massenbasis für die Durchführung der kolonialen Expansion geschaffen. An Hand der monopolistischen Verflechtungen von Kolonial-, Bank-, Handels- und Industriekapital sowohl in den Kolonialgesellschaften (Neu-Guinea-Kompanie, Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, Deutsche Ostafrika-Gesellschaft) als auch in den Eisenbahn- und Schürfungsgesellschaften weist Fritz Ferdinand Müller nach, daß

„die entscheidenden deutschen Kolonialgesellschaften entweder von Anfang an, mindestens aber nach ein paar Jahren kleinstädtischer Experimente Unternehmungen der Finanzoligarchie darstellten“¹⁰⁾

Wie ist es aber dann zu erklären, daß selbst nach Beginn der kolonialen Eroberungen das deutsche Finanzkapital recht wenig Neigung zeigte, sich in den deutschen „Schutzgebieten“ finanziell allzu stark zu engagieren, und den Kapitalexport nach anderen Ländern, etwa nach der Türkei (Bagdad-Bahn!), Rußland, selbst nach den USA, vorzog? — Der Grund liegt einfach darin, daß die dort getätigten Investitionen sich schneller kapitalisierten, während die deutschen Kolonien, wie schon oben erwähnt¹¹⁾, sich wenig zu schnell Gewinn abwerfenden Kapitalanlagen großen Stils eigneten. Sie boten deshalb

„weder der Expansionskraft des deutschen Finanzkapitals entsprechende Gelegenheiten zur Kapitalanlage in großem Stil — dazu war ihre Ausstattung an damals gefragten Rohstoffen zu dürftig —, noch eröffneten sie Chancen zu leichter und schneller Ausbeutung ohne vorherige ‚Erschließung‘, wie dies bei den alten, spanischen, portugiesischen, englischen, französischen und holländischen Kolonien... der Fall gewesen war... Dieser ‚ältere‘ Kolonialtyp, der es erlaubte, ohne wesentliche eigene Investitionen beträchtliche Profite mit den (in sich untrennbaren) Mitteln des Handels (mit Nichtäquivalenten), Tributes und Raubes zu erzielen, war längst vergeben, als Deutschland als Mitbewerber der alten Kolonialmächte auf den Plan trat.“¹²⁾

⁹⁾ vgl. Müller, a.a.O., S. 57/58

¹⁰⁾ Müller, a.a.O., S. 56 ff.

¹¹⁾ vgl. S. 10

¹²⁾ Müller, a.a.O., S. 60. Vgl. hierzu auch: Illing, Über Kolonialismus und Neokolonialismus, in: als Christen dem Sozialismus verpflichtet. Eine Veröffentlichung aus Anlaß des 10. Gründungstages der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“, S. 57 ff.

Da unter diesen Umständen der Monopolprofit nicht durch die koloniale Ausbeutung allein realisiert werden konnte, verschaffte sich das Finanzkapital den entsprechenden Ausgleich durch das Reich in Form von Konzessions-, Lieferungs- und Abfindungsverträgen, von Darlehen, Subventionen, Zinsgarantien und Zuschüssen, wobei sich die Zugehörigkeit der hohen Aristokratie zum Kreise der Nutznießer dieser Zuwendungen als außerordentlich vorteilhaft erwies.

Trotz der im Vergleich zur Kolonialpolitik der englischen und französischen Hochfinanz ungünstigen Ausgangsstellung war für den Appetit der deutschen „Kolonialpioniere“ kein Brocken zu groß und zu unverdaulich, so daß sie in der Angst, zu spät zu kommen, die Erwerbung selbst solcher Gebiete projektierten, die kaum Aussicht auf eine erfolgreiche koloniale Ausbeutung boten. Allerdings unterlagen auch andere Staaten dieser „Torschlußpanik“, wie das Beispiel des britischen Protektorats Betschuanaland beweist. Lenin charakterisierte diese typisch imperialistische Kolonialpolitik der vorsorglichen Eroberung als

„das unvermeidliche Bestreben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsgebietes, ja sogar des Gebietes schlechthin. Wie die Truste ihr Vermögen auf Grund einer doppelten oder dreifachen Schätzung kapitalisieren... so ist auch das Finanzkapital im allgemeinen bestrebt, möglichst viel Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, nur auf mögliche Rohstoffquellen ausgehend, aus Angst, in dem tolen Kampf um die letzten Brocken der unverteilt Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen.“¹³⁾

Da sich den Annektionsgelüsten der deutschen „Kolonialpioniere“ sowohl innen- als auch außenpolitische Hindernisse in den Weg stellten, mußten sie sich mit einem Bruchteil dessen begnügen, was sie zu erobern sich vorgenommen hatten.

Da eine eingehende Behandlung der deutschen „Erwerbungen“ an Kolonialbesitz über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen würde, soll hier nur auf einige, für die alte deutsche Kolonialpolitik besonders typische Formen der Koloniegründung eingegangen werden.

Handelsinteressen lenkten den Blick der ersten Initiatoren einer kolonialen Expansion Deutschlands zunächst auf die Südsee und die afrikanische Westküste, wo besonders die Großreederei Woermann stark interessiert war. Noch 1880 aber war die Haltung der Großhandelsbourgeoisie in den Fragen der Kolonien so widerspruchsvoll, daß die im Interesse des Handelshauses Godeffroy im Reichstag eingebrachte Samoa-Vorlage der Ablehnung verfiel, zumal das Interesse von Hochfinanz und Schwerindustrie an Kolonien zu diesem Zeitpunkt erst langsam erwachte und ihr Einfluß noch nicht mächtig ge-

¹³⁾ Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgew. Werke, Bd. I, S. 835

nug war, dieses erste Kolonialprojekt durchzusetzen. Als aber mit der Bildung des „Deutschen Kolonialvereins“ 1882 der Kolonialgedanke in den Kreisen des Mittelstandes und der nicht-monopolitischen Bourgeoisie eine stärkere Verbreitung gewann, bildeten sich die drei obengenannten großen Kolonialgesellschaften, von denen besonders die Deutsche Ostafrika-Gesellschaft und ihr Initiator Carl Peters durch ihre anrühige Praktiken bei der Koloniegründung eine traurige Berühmtheit erlangten.

Zugleich ist aber die Entwicklung dieser DOAG ein typisches Beispiel für die Manöver des Finanzkapitals bei der Umwandlung eines mittelständischen Kolonialunternehmens in ein solches der Finanzoligarchie. Anlässlich der Reichstagsdebatte über die Ostafrika-Vorlage im Januar 1889 hatte der Führer der deutschen Sozialdemokratie die Frage aufgeworfen: „Wer ist denn diese Ostafrikanische Gesellschaft?“ und sie dann selbst beantwortet:

„Ein kleiner Kreis von Großkapitalisten, Bankiers, Kaufleuten und Fabrikanten, d. h. ein kleiner Kreis von sehr reichen Leuten, deren Interessen mit den Interessen des deutschen Volkes gar nichts zu tun haben, die bei ihrer Kolonialpolitik nichts als ihr eigenes persönliches Interesse im Auge haben, die... nur den Zweck hatten, auf Grund größerer Mittel gegenüber einer schwächeren Bevölkerung sich auf alle mögliche Weise zu bereichern... Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz.“¹⁴⁾

Die Keimzelle der DOAG war die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“, die Carl Peters in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Konservativen Klubs, dem Kaiserlichen Kammerherrn und pommerschen Großgrundbesitzer Graf Behr-Bandelin, gegründet hatte, nachdem sein Versuch, die Regierung oder maßgebliche Finanzkreise direkt für seine abenteuerlichen Kolonialpläne zu interessieren, gescheitert war. Selbstverständlich waren im 19. Jahrhundert nicht mehr die Methoden der ersten Konquistadoren, d. h. der offene, unverhüllte Landraub, anwendbar. So waren die Bemühungen der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ zunächst darauf gerichtet, die nötigen Kapitalien zum Landkauf zusammenzubringen, und ebenso selbstverständlich wurden dabei vorwiegend die „nationalen Gesichtspunkte“ strapaziert. Die Geldgeber sollten nach Maßgabe der von ihnen gezeichneten Beträge an dem erworbenen Lande beteiligt sein. Da bei dem vorerwähnten Desinteressement des maßgeblichen Finanzkapitals die Zeichnungen weit hinter den Erwartungen zurückblieben, wurden neben den zunächst allein ausgegebenen Anteilscheinen von 5000 Mark weiterhin auch solche von 500 Mark ausgegeben. Vielen Mitgliedern der Gesellschaft, die ebenfalls sich zum größten Teile aus

¹⁴⁾ Bebel im Reichstag am 26. Januar 1889, zit. bei Müller, a.a.O., S. 33

den Schichten des Bürgertums und des Kleinbürgertums — neben den sehr stark beteiligten Offizierskreisen — rekrutierten, war jedoch auch dieser Betrag noch nicht erschwinglich. Deshalb wurden Peters und Lange (eines der Ausschußmitglieder) ermächtigt,

1. „beliebige Summen entgegenzunehmen mit der Maßgabe, daß jeder Betrag von 50 Mark den Beitragenden zu einem Werthe des gesammten Gesellschaftslandes zu bemessenden Antheil an demselben berechtigt und diesen Antheil zu seinem persönlichen Eigentum macht.
2. An dieselbe Adresse wären kleinere Beträge zu senden, welche von den Beitragenden zunächst unter Verzicht auf persönliches Eigentumsrecht aus patriotischem Interesse gespendet würden.“¹⁵⁾

Über das Ziel der beabsichtigten Expansion herrschte unter den führenden Mitgliedern der Gesellschaft durchaus noch keine Einigkeit. Man schwankte zwischen Südamerika und Afrika. Dabei konnten die Verfechter des Afrika-Projektes, an deren Spitze Peters stand, für sich die Unterstützung Bismarcks erhoffen; denn dieser hatte in der Budgetsitzung am 23. 6. 1884 zugesichert,

„daß er Territorien, auf denen Reichsangehörige Niederlassungen hätten oder sich deutsche Ansiedlungen befänden und welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reiches stellen werde.“¹⁶⁾

Diese Zusicherung bekräftigte er am 26. 6. 1884 im Reichstag, nachdem er erklärt hatte,

„die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonien ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmungsgestirnis unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen.“¹⁷⁾

Durch die ablehnende Haltung der Opposition bestimmt, versprach er die Unterstützung des Staates lediglich

„in Form der Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal Charters.“¹⁸⁾

Peters selbst erklärt zu den Afrika-Plänen in der „Kolonialpolitischen Correspondenz“ vom 16. Mai 1885:

„Da die Gesellschaft unabhängige deutsche Kolonien unter deutschem Banner gründen wollte, so war für sie die Auswahl natürlich auf das beschränkt, was zu solcher Auswahl noch vorhanden war. So kam eigentlich nur Afrika in Frage...“¹⁹⁾

¹⁵⁾ Aktenband Deutsche Kolonialgesellschaft, Nr. 263, Bl. 7, zit. bei: Büttner, Kurt, Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika, Berlin 1959, S. 39

¹⁶⁾ ebenda, S. 38, Anm. 42

¹⁷⁾ ebenda, S. 23, zit. nach: Stenograph. Berichte, V. Legislaturperiode, IV. Session, 26. Juni 1884, S. 1059

¹⁸⁾ ebenda

¹⁹⁾ Büttner, a.a.O., S. 40, Anm. 52

Selbstverständlich galt die Rücksichtnahme auf anderweitigen Besitz nur insoweit, als hierbei europäische Kolonialmächte in Frage kamen. Die Eingeborenen, d. h. die eigentlichen Besitzer des Landes, wurden bei dieser Beschlussfassung über ihr künftiges Schicksal nicht gehört. Galten doch ihre Gebiete nach der famosen Auslegung des Völkerrechts durch die kapitalistischen Länder und der subtilen Unterscheidung nach souveränen und nichtsoveränen Staaten als „völkerrechtlich herrenlos“, da den farbigen Völkern die Fähigkeit der Staatsbildung abgesprochen wurde — entgegen allen historischen Beweisen, wie sie die hochkultivierten Staaten in Süd- und Mittelamerika sowie in Zentralafrika erbrachten²⁰⁾.

Nach welchen Gesichtspunkten den Eingeborenen „europäische Zivilisation“ beigebracht werden sollte, erhellt aus den Vorschlägen des Grafen Pfeil — eines Teilnehmers an der Peters'schen Expedition —, von ihm „Erziehung des Negers zur Arbeit“ betitelt, die auf nichts anderes als auf die Errichtung eines Systems der allgemeinen Zwangsarbeit in Ostafrika hinausliefen. Diese Auslassungen eines maßgebenden Experten des frühen deutschen Kolonialismus, die — das muß hier betont werden — nicht die individuellen Anschauungen eines Außen-seiters darstellen, sondern in etwas modifizierter Form sich in ähnlichen Ausführungen von Kolonialpolitikern des kaiserlichen Deutschland vor dem ersten Weltkrieg²¹⁾ ebenso widerspiegeln wie in den Auffassungen der Neokolonialisten von heute, führen alle früheren und gegenwärtigen Phrasen von der „humanen“ deutschen Kolonialpolitik so eindeutig ad absurdum, daß ihre nur unwesentlich gekürzte Wiedergabe zur Charakteristik derselben angebracht erscheint. Dieses bemerkenswerte Schriftstück befindet sich in den Akten des Reichsamts des Inneren Nr. 2980, Bl. 123 ff, als „Bericht über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Kongresses vom 13. bis 16. September 1886²²⁾“. Hier lesen wir:

„In Europa regelt sich das Arbeitsverhältnis nach Bedarf und Angebot, in Afrika gilt dieser Grundsatz nicht, da Bedarf bisher kaum vorhanden war und Angebot nicht existiert... Es fehlt dem Neger die Grundlage für das Angebot europäischer Arbeit, der Erwerbstrieb. Für seinen Lebensunterhalt sorgt durch ihren Feldbau sein Weiß.

Abgesehen von der Arbeit, welche wir für die Kultivation neuer Länder gebrauchen, liegt uns aber auch die Pflicht ob, die rohen Einwohner derselben zu erziehen, zu zivilisieren... In zivilisierten Ländern wird von jedem Menschen, je nach dem Grade seiner Bildung ein gewisses Maß von Arbeit gefordert, sei es für das Wohl des Staates, für die Wissenschaft oder die Familie, ja in den meisten Fällen be-

ruht der Lebensunterhalt darauf. Muß aber der Europäer arbeiten, so liegt die Frage nahe, warum soll es der Neger nicht.

Unsere Ansichten über den Neger waren bisher ganz eigentümlich verschoben. Ansprüche, die man an die unteren Volksklassen der Europäer erhob, ja als ganz naturgemäß betrachtete, verschrie man sofort als Roheit, wenn sie an den Neger gestellt wurden, gerade als ob der Neger ein zu besonders zarter Behandlung berechtigtes höheres Wesen sei. Allerlei Rechte, die wir als zivilisierte Völker besitzen und die wir uns durch langes Ringen danach errungen haben, sollen ohne weiteres dem Neger vindiziert werden, der für das Verständnis und die Wertschätzung derartiger Rechte noch gar nicht die nötige kulturelle Entwicklung aufzuweisen vermag.

Man sprach von dem Neger als einem freien Manne, der über seine Handlungen gleichberechtigt mit dem Europäer verfügen könne. Dieses freie Verfügungsrecht über sich selbst wird aber ohne moralische Schranken zur Zügellosigkeit.

Solche Anschauungen über den Neger stammen noch aus der Zeit des unseligen Humanitätsdusels... Jene Zeit ist indessen verschwunden, eine gesunde Reaktion beginnt sich gegenüber den damaligen superhumanen Anschauungen geltend zu machen...

Gleichberechtigt mit dem Europäer kann ebenfalls der Neger nicht sein...

All die vorher erwähnten Gründe kann man also gegen eine zu instituierende Arbeitsverpflichtung des Negers nicht mehr einwenden... Mit der Einführung der Verpflichtung zur Arbeit wird also kein Eingriff weder in bestehende noch eingeduldete Rechte der Neger getan. Es handelt sich nur um den Modus der Einführung derselben...

Mit einer kleinen, aber zuverlässigen Truppe etabliere man sich an dem Ort, den man für koloniasatorisches Vorgehen aus-ersehen hat. Mit dem Häuptling des Stammes, unter dem man lebt, treffe man zunächst das Abkommen, daß er seine Hörigen zur Arbeitsleistung stellt, zu denen bald ein Teil der männlichen Bevölkerung des Landes herbeigezogen wird. Eine rechtzeitige Schaustellung der bewaffneten Macht kann diese Maßregel zur Durchführung bringen ohne jeden tatsächlichen Zwang, d. h. zur Anwendung von Gewalt (!). Der Neger, der sich in alles findet, was eben tatsächlich unvermeidlich ist, wird einer solchen Maßregel keinen Widerstand entgegensetzen, namentlich wenn er sieht, daß man keineswegs Sklaverei (!) beabsichtigt, sondern ihn nach Ablauf der festgesetzten Arbeitsfrist belohnt und ihm die Freiheit wiedergibt (!).

Dieses Verfahren genügt, um in einem kleinen Distrikte die Einwohner zur Arbeit zu zwingen. Um aber ganze Volksstämme zur Arbeit heranzuziehen, bedürfen die Mittel einer ausgedehnteren Anwendung... Überall finden sich kriegerische Stämme... Bei einiger Geschicklichkeit im Umgang mit Negern kann es nicht schwerhalten, den Häuptling eines solchen kriegerischen Stammes zum Verbündeten zu gewinnen. Er und sein Volk werden von der allgemeinen Arbeitslei-

²⁰⁾ vgl. hierzu: Illing, a.a.O., S. 57 ff.

²¹⁾ ebenda, S. 61

²²⁾ veröffentlicht bei: Müller, a.a.O., S. 516 ff. (Dokumenten-Anhang)

stung dispensiert (!), übernehmen jedoch die Verpflichtung, andere Stämme, die bei der Stellung von Arbeitern sich saumselig erweisen, und das werden gewöhnlich die friedlichen (!) sein, ... nötigenfalls mit bewaffneter Hand zu veranlassen. Ein solch kriegerisches Volk wird in dieser Maßnahme nur die Möglichkeit erblicken, mit größerer Unbeschränktheit seinen Räubereien obliegen zu können, namentlich, da sie die Weiben, die sie im Besitz starker Kriegsmunition glauben, als ihre Verbündeten betrachten. Wir aber wissen, daß ihre rohe Gewalt nur dem höheren Endzweck allgemeiner Zivilisation dienen soll (!). Die friedlichen Stämme dagegen werden lieber sich dem Verlangen der Weißen unterwerfen, als von feindlichen Negerstämmen, deren Grausamkeit sie aus Erfahrung kennen, getötet, ausgeplündert und in die Sklaverei geschleppt zu werden... Ich glaube nicht, daß man auf große Schwierigkeiten stoßen würde, zöge man auch einen Teil der weiblichen Bevölkerung eines Landes zur Arbeit heran...“

Nachdem Pfeil sich dann noch über den „Modus der Arbeitsverteilung“ ausgelassen hat, schließt er seine bemerkenswerten Empfehlungen über die „Erziehung der Neger“:

„Noch ein anderes Hilfsmittel steht uns zu Gebote, den Neger zu erziehen. Man legt ihm die Pflicht des Erwerbes auf... Diese besteht darin, daß man ihm eine Kopfsteuer auferlegt. Jeder erwachsene Neger hat eine ähnliche Abgabe von bestimmten Wert zu entrichten. Um den Betrag zu erwerben, wird der Neger seine Arbeit zu Markte tragen müssen, die wiederum nur bei dem Weißen bedurft wird...“

Nicht mit Theorien und Phrasen löst man die vorliegende Aufgabe, sondern mit tätigem, energischem Eingriff... Daß man dabei nicht mit den weichen Mitteln von Überredung und Beispiel zu Werke gehen kann, ist klar, es bedarf kräftiger Beiliebe, ehe der vollkommen rohe Klotz eine Gestalt bekommt, der ihr letztes Gepräge mit der Feile gegeben wird. Überlassen wir die Anschauung von Freiheit und Würde der Neger den Philanthropen, und wie wir uns politisch zur Macht aufgeschwungen haben, emanzipieren wir unser Urteil von dem Einfluß der Anschauungen fremder Völker und lösen wir die vor uns liegende Aufgabe auf spezifisch deutsche Art...“ (Hervorhebungen sämtlich v. d. Vf.).

Von Philanthropie ist allerdings wenig in diesem Vorschlag zu finden, und von menschenfreundlichen Empfindungen jeder Art gegenüber den „Negern“ kann sich der Mann, der diese Vorschläge formulierte und sie in seiner eigenen Praxis in die Tat umsetzte, freisprechen. Abgesehen von der Herrenmenschenideologie, die hier zum Ausdruck kommt, erscheint auch die „zivilisatorische Mission der Kolonialisten“ in einem sehr eigenartigen Licht. Die Eingeborenen sollen danach nur die Wahl haben, entweder für die Weißen zu arbeiten oder das Opfer kriegerischer Stämme zu werden. Nach dem uralten imperialistischen Prinzip „Divide et impera!“ sollten die Stammesfeindschaften dazu benutzt und gegebenenfalls sogar ge-

fördert werden, um für die weißen Herren die nötigen Sklavenarbeiter zu beschaffen, während die offizielle Lesart für die Rechtfertigung des Kolonialsystems gerade die „Befriedigung der Eingeborenenstämme“ als Aufgabe der Kolonialherren herausstellte.

1884 startete die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ eine Expedition unter der Führung von Dr. Peters, Dr. Jühlke und Graf Pfeil. Sie erhielten den Auftrag,

„an der Küste Ostafrikas, in erster Linie in Usagara, eine Landerwerbung behufs Anlegung einer deutschen Ackerbau- und Handelskolonie..., die politisch die Möglichkeit deutscher Oberhoheit bieten und wirtschaftlich für deutsche Ansiedlung behufs Ackerbau geeignet sein sollte.“²³⁾

durchzuführen. Diese Gebietserwerbung vollzog sich in einer Weise, die — wie Büttner sehr richtig betont — „in den Gesetzbüchern jeder ‚zivilisierten Nation‘ als Delikt des Betruges genau umrissen ist“²⁴⁾ und die auch unweigerlich den Strafrichter auf den Plan gerufen hätte, wenn die „Vertragspartner“ von Peters und Genossen nicht zu der verachteten Negerrasse gehört hätten.

Schon die Ausreise der deutschen Expeditionsmitglieder war mehr oder weniger eine Flucht vor der Auseinandersetzung mit den Geldgebern der GfDK gewesen, die ihr Geld nicht auf „irgendeine“ Karte gesetzt hatten, wie es letzten Endes das Ostafrika-Projekt war. Nach der Niederlage der Südamerikaclique im Ausschuß war zunächst als Ziel Mossamedes, der südlichste Distrikt der portugiesischen Kolonie Angola, ins Auge gefaßt und bei den Finanziers der GfDK propagiert worden, obwohl der Gesellschaft bekannt war, daß in diesem Gebiet die von Bismarck gestellte Bedingung für die Übernahme des Reichsschutzes²⁵⁾ nicht erfüllt war. Da das Auswärtige Amt daraufhin mitteilte, daß „in der Interessensphäre von Portugal sicherlich kein Reichsschutz gewährt würde“,²⁶⁾ mußte schnellstens ein anderes Projekt ausfindig gemacht werden, und die Wahl fiel auf Ostafrika, das unter der zumindest nominellen Herrschaft des Sultans von Zanzibar stand. Um Einsprüche und eventuelle Rückforderungen der Geldgeber zu vermeiden, wurden die Expeditionsteilnehmer beschleunigt in Marsch gesetzt.

Das war die Vorgeschichte der späteren größten deutschen Kolonie, deren Erwerbung bereits als schwindelhaftes Unternehmen begann — denn niemand konnte wissen, ob die Expedition den gewünschten Erfolg haben würde, da das Urteil der GfDK-Leute durch keinerlei Sachkenntnis getrübt war —

²³⁾ Peters, C., Wie Deutsch-Ostafrika entstand, Leipzig 1940, S. 25/26, zit. bei: Büttner a.a.O., S. 41

²⁴⁾ Büttner, a.a.O., S. 48

²⁵⁾ vgl. hierzu S. 15

²⁶⁾ Peters, C., Die Gründung von Deutsch-Ostafrika, Berlin 1906, S. 54

und durch betrügerische Manipulationen größten Ausmaßes schließlich zu Ende geführt wurde.

Mit vollkommen unzulänglicher Ausrüstung an Lebensmitteln und Medikamenten, dagegen mit neu erworbenen Nilpferdpeitschen versehen, zogen Peters und seine Genossen mit ihrer aus 36 Eingeborenen bestehenden Trägerkolonne aus Zanzibar ab nach dem Festlande und schlossen dort mit den Dorfhäuptern, die von ihnen großzügig zu „Sultanen“, „Obersultanen“ usw. befördert wurden, um eine überhaupt nicht vorhandene Souveränität vorzutauschen, sogen. „Verträge“ ab, in denen diese Dorfschulzen — um etwas anderes handelte es sich kaum — ihre „Hoheitsrechte“ und ihr „Land“ samt seinen Bewohnern an die GfDK, d. h. an Peters und seine Gefährten übertrugen. Dieser „Vertragsabschluß“ ging nach Peters eigener Schilderung im allgemeinen so vor sich:

„Nahten wir uns einem Kraal, wo ein Kontrakt zu machen war... hielten wir uns dichter zusammen als an anderen Tagen, und der Einzug ins Kraal geschah mit einer Art von Pomp. Waren Araber in der Nähe, von denen wir Gegenintrigen erwarteten, so ließ ich unsere Leute auf gut Glück unsere Büchsen abfeuern, um die ‚Canailen‘ einzuschüchtern. Ich selbst hatte mir, um den Sultanen ebenbürtig zu erscheinen, eine Reihe von Fahnen mitgenommen, die ich aufziehen ließ, wo dies am Platze schien. Außerdem waren Gerüchte von meiner Macht und meinem Einfluß in Umlauf gesetzt... Zogen wir ins Kraal ein, knüpften wir sofort ein recht kordiales Verhältnis an, indem wir den Sultan zwischen uns auf ein Lager nahmen, von beiden Seiten unsere Arme um ihn schlagend. Wir taten dann einen Trunk guten Groggs und brachten Seine Hoheit von vornherein in vernünftigste Stimmung... Alsdann wurden die Ehrengeschenke ausgetauscht... Alsbald begannen dann auch die diplomatischen Verhandlungen und auf Grund derselben wurde der Kontrakt abgeschlossen...“

War dies geschehen, so wurden die Fahnen gehißt, der Vertrag im deutschen Text (!) von Dr. Jühlke verlesen, ich hielt eine kurze Ansprache, wodurch ich die Besitzergreifung als solche vornahm, die mit einem Hoch auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser endete und drei Salven, von uns und den Dienern abgegeben, demonstrierte den Schwarzen ad oculos, was sie für den Fall einer Kontraktbrüchigkeit zu erwarten hätten (!). Man wird sich nicht leicht vorstellen, welchen Eindruck der ganze Vorgang auf die Neger zu machen pflegte. In das Hoch auf den Kaiser stimmten sie kreischend und springend, die Sultane voran, mit ein, bei den Salven wichen sie scheu zurück...“²⁷⁾

Die „Gegenleistungen“ für diese juristisch in jeder Beziehung anfechtbaren „Abtretungen“ sind unterschiedlich. Sie reichen von „bunten Husarenjacken“ und den üblichen Tauschwaren bis zur Garantie des persönlichen Eigentums und des erblichen

„Sultans“-Titels. In der Hauptsache aber waren es leere Versprechungen, mit denen die farbigen „Vertragspartner“ abgefunden wurden. Daß die sogen. „Rechte“, die diese modernen Konquistadoren erwarben, im Grunde nur eine Fiktion waren, liegt klar auf der Hand. Zunächst waren die Eigentumsverhältnisse der von den „Häuptlingen“ abgetretenen Gebiete oft überhaupt nicht eindeutig klar, da in der Gentilordnung, die dort größtenteils noch bestand, das Land Stammes- und nicht Privateigentum war. Weiterhin wurden die Grenzen dieser „Abtretungen“ durchaus willkürlich festgelegt. Vor allem aber — und das ist das ausschlaggebende Moment, das in jedem anderen Falle die Rechtswirksamkeit dieser sogen. „Verträge“ aufgehoben hätte —, waren sich weder die afrikanischen „Vertragspartner“ noch die afrikanischen Zeugen über die Bedeutung, die ihre weißen „Freunde“ dem Papier und ihrer „Unterschrift“ beilegen, im klaren. Verträge mit Unmündigen, wie man diese Häuptlinge für diesen besonderen Fall bezeichnen kann, ohne sie damit etwa als geistig minderwertig zu betrachten — sie hatten ja von kapitalistischen Eigentums- und Rechtsbegriffen nie etwas gehört —, sind überall ohne rechtliche Wirkung, ganz abgesehen davon, daß die sogen. Verträge immer „strafrechtlich erfassbare Akte des Betrugs im Sinne des § 263 des Strafgesetzbuches des Deutschen Reiches vom 15. Mai 1871“²⁸⁾ waren.

Auf diese betrügerische Art und Weise also ging die „friedliche Erwerbung“ eines Gebietes von 140 000 qkm vor sich. Peters rühmte sich in einem Telegramm an das Auswärtige Amt:

„3/4 Useguha, Süd-Nguru, ganz Usagara und Südost-Ukami rechtsgültig erworben.“²⁹⁾

Über den realen Wert dieser sogen. „Erwerbungen“ brachte Bismarck seine Einschätzung in einer Randbemerkung zu einem Brief des nationalliberalen Parteiführers v. Bennigsen an Herbert Bismarck am 30. 12. 1888 deutlich zum Ausdruck:

„Was heißt Erwerbung? Ein Stück Papier mit Neger-Kreuzen darunter. Die Sicherstellung, soweit sie überhaupt erreicht, d. h. gegen europäische Rivalen, liegt erst in unserem Abkommen mit England.“³⁰⁾

Diese Erkenntnis hinderte aber Bismarck nicht daran, in Verbindung mit den höfischen Kolonialinteressenten die Erteilung eines kaiserlichen Schutzbriefes für die unrechtmäßig erworbenen Gebiete zu betreiben und damit das betrügerische Vorgehen der GfDK-Leute zu legalisieren, obwohl selbst eingefleischten Kolonialpolitikern die Art des Vorgehens von Peters äußerst unbehaglich war, mochte sich dieses auch nicht allzusehr von dem anderer „Kolonialpioniere“ in jener Zeit des Wettlaufs um die restlichen Territorien der Erde unterscheiden.

²⁸⁾ Müller, a.a.O., S. 130

²⁹⁾ Akten des Reichskolonialamtes 362, zit. b. Müller, a.a.O., S. 136

³⁰⁾ zitiert bei Müller, a.a.O., S. 133

²⁷⁾ zit. bei Müller, a.a.O., S. 123, nach der Allgemeinen Zeitung vom 8./9. April 1886

Letzten Endes gehörten aber Peters und seine Gefährten nicht zu den Nutznießern ihrer üblen Kolonialpraktiken. Noch vor dem Ende der achtziger Jahre wurde Peters bei der „Sanierung“ und Reorganisation der DOAG unter Zuerkennung einer bedeutenden finanziellen Abfindung ausgebootet, nachdem schon zuvor unter dem Einfluß des rheinischen Bankiers Karl v. d. Heydt die kleinbürgerlichen Geldgeber den Platz räumen sollten. Wenn auch das Interesse der Hochfinanz an dem Kolonialprojekt nicht in dem von Heydt erwarteten Maße anstieg, so wurde dieser Mißerfolg doch weitgehend kompensiert durch die unmittelbare Beteiligung der Krone an der neuen DOAG, die selbstverständlich die Beteiligung vor allem feudaler Kreise nach sich zog.

Damit war aber auch die Grundlage gegeben für die nur wenig später (im November 1890) erfolgende Übernahme von Ostafrika als Kronkolonie — nachdem sich nämlich herausgestellt hatte, daß die DOAG nicht in der Lage war, den „militärischen Schutz“ ihrer Besetzung zu gewährleisten, als sich die Bevölkerung gegen die deutschen Eindringlinge zur Wehr setzte. In den wenigen Jahren ihrer Herrschaft war es ihr tatsächlich gelungen, die verschiedenen Schichten der eingeborenen Bevölkerung trotz der zwischen ihnen bestehenden religiösen und wirtschaftlichen Gegensätze so gegen sich aufzubringen, daß bereits 1888 ein allgemeiner Aufstand in Ostafrika ausbrach.

Da jetzt andere Interessen als die der kleinen „patriotischen“ Geldgeber auf dem Spiele standen, wurde nach der Annahme des „Gesetzes zur Bekämpfung des Sklavenhandels und zum Schutz deutscher Interessen in Ostafrika“ ein Reichskommissar — Major Wißmann — nach Ostafrika geschickt und damit die Übernahme der Kolonie durch das Reich eingeleitet, die im November 1890 durch den „Vertrag zwischen der kaiserlichen Regierung und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ gegen eine Entschädigung von mehreren Millionen Mark an die letztere vollzogen wurde.

Selbstverständlich gab mit dieser Abtretung der „Hoheitsrechte“ die DOAG ihre geschäftlichen Interessen keineswegs preis. Mit dieser Transaktion wurden lediglich die Lasten der Kolonialpolitik auf die Schultern der Steuerzahler verlagert; denn die Beträge, die das Deutsche Reich bis 1910 für seine Kolonialpolitik aufwandte, beliefen sich auf 90 Millionen Mark, „um für 50 Millionen Mark (Waren) ... in den deutschen Kolonien absetzen zu können“³¹⁾. In dieser Änderung der Bismarckschen Kolonialpolitik spiegelt sich deutlich die wachsende Macht des deutschen Finanzkapitals wider, dessen Profitinteressen die Politik des imperialistischen Staates bestimmen und leiten.

³¹⁾ Hallgarten, G.W.P., Imperialismus vor 1914, München 1951, Bd. I., S. 197 ff., zit. bei Büttner, a.a.O., S. 115

Bemerkenswert ist die ideologische Verbrämung des kolonialen Eroberungszuges als „Antisklavereibewegung“. Mit der für die Imperialisten aller Schattierungen typischen Heuchelei wurde natürlich auch das Christentum dazu mißbraucht, die Kolonialpolitik zu rechtfertigen, sollte diese doch in erster Linie dazu dienen, „christliche Gesittung und deutsche Kultur in Afrika zu verbreiten“.

Die oben (S. 14) zitierten Ausführungen August Bebels zeigen, daß die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Reichstag die Lüge von der „Kulturmission der weißen Rasse“ in Afrika und deren materielle Hintergründe bereits damals klar durchschauten. Sie sind aber auch ein Beweis dafür daß die Deutsche Demokratische Republik in ihrer Außenpolitik, vor allem den jungen Nationalstaaten gegenüber, auch hier die besten humanitären Traditionen der deutschen Vergangenheit wahr, wenn sie gegen alle Erscheinungsformen des Kolonialismus in neuem Gewande kämpft.

Da die durch den Rahmen dieser Arbeit gebotene Beschränkung ein näheres Eingehen auf die gesamte Kolonialpolitik des kaiserlich-deutschen Imperialismus ausschließt — die in ihren Grundzügen überall die gleiche war, wie u. a. auch die Freiheitskämpfe der Eingeborenen im damaligen Deutsch-Südwestafrika beweisen —, erschien es angebracht, an Hand des besonders typischen Beispiels von Deutsch-Ostafrika in großen Zügen darzulegen, auf welche Weise die angeblich so humane deutsche Kolonialpolitik ihre Grundlagen schuf und wie die deutschen Kolonien entstanden, auf die das deutsche Volk „von Gottes und Rechts wegen (!) einen Anspruch hat“, wie dies anläßlich der „Afrika-Woche“ in Bonn 1960 behauptet wurde.

II. Die Kolonialpolitik der Hitlerfaschisten

Die Bonner Neokolonialisten berufen sich mit Vorliebe darauf, daß Deutschland infolge des Ausganges des ersten Weltkrieges bereits 1918 aus den Reihen der Kolonialmächte ausgeschieden sei. Sie verschweigen aber dabei wohlweislich, daß dieses Ausscheiden ein durchaus unfreiwilliges war und daß der deutsche Imperialismus seitdem seine kolonialen Ansprüche nicht aufgegeben hat. Wie konnte es auch anders sein, nachdem 1933 die Diktatur der räuberischsten, aggressivsten und am meisten chauvinistischen Kreise des deutschen Finanzkapitals errichtet worden war!

Allerdings stand bei den damaligen faschistischen Expansionsbestrebungen vorerst einmal der „Stoß in Richtung Osten“ an erster Stelle. Das war vor allem bis 1936, d. h. bis zur Vollendung der Aufrüstung der Fall, da die deutschen Imperialisten bei solchen Bestrebungen kaum mit dem Widerstand der Regierungen der Westmächte zu rechnen hatten; auf derartigen Widerstand aber wären bei einem verfrühten Bekanntwerden deutscher Kolonialansprüche die Faschisten wahrscheinlich gestoßen.

Deshalb wurden allzu eifrige Kolonialchauvinisten in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur zunächst noch „zurückgepfiffen“, da man nach Möglichkeit einen Zusammenstoß mit den Kolonialmächten, vor allem aber mit den Mandatarmächten, noch zu vermeiden wünschte. (Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der von Hitler in seinem Machwerk „Mein Kampf“ vertretene scheinbar antikolonialistische Standpunkt zu beurteilen!) Von diesen taktischen Erwägungen ausgehend, wurde von den faschistischen Machthabern immer wieder versichert, daß „Deutschland keinerlei Absichten auf das koloniale Eigentum anderer Mächte habe“³²⁾.

Erst nach 1936 begann sich in der faschistischen Kolonialpropaganda ein Wandel abzuzeichnen. Allmählich fühlte sich der Faschismus stark genug — vor allem wohl ermutigt durch das ständige Zurückweichen der Westmächte —, um seine Forderungen auf Kolonien anzumelden. Doch beschränkten sich diese Revisionsforderungen vor der Weltöffentlichkeit zunächst auf die „geraubten deutschen Kolonien“. Die wahren Ziele der faschistischen überseeischen Expansion wurden noch verschleiert. In den „Ergänzungen zu den Richtlinien für die kolonialpolitische Schulung“, 1940 vom Schulungsamt des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP herausgegeben, heißt es z. B.:

„Unter keinen Umständen dürfen Gedanken geäußert werden oder irgendwelche Betrachtungen angestellt werden über die Art der Gewinnung und den Umfang des künftigen deutschen Kolonialreiches. Es ist auch weiterhin nur der Rückgabeanpruch unserer alten, uns geraubten Kolonien in Afrika und der Südsee, im Rahmen der lebensnotwendig geforderten Beteiligung an den Rohstoffquellen der Erde überhaupt, herauszustellen.“³³⁾

Rohstoffe — darum ging es den faschistischen Kolonialpolitikern in der Hauptsache. Die am stärksten interessierenden: Kohle, Eisen, Erdöl, Baumwolle, Kautschuk und Kupfer aber waren aus den ehemaligen deutschen Kolonien nur wenig zu gewinnen.

Mit dem Anwachsen der deutschen Militärmacht änderte sich auch der Ton, in dem die deutschen Kolonialforderungen erhoben wurden. Schon 1938 hatte das Oberkommando der Kriegsmarine unter „gKdos.“ erklärt:

1. Wenn Deutschland nach dem Willen des Führers eine in sich gesicherte Weltmachtstellung erwerben will, bedarf es neben genügendem Kolonialbesitz gesicherter Seeverbindungen und gesicherten Zuganges zum freien Ozean.
2. Beide Forderungen sind nur gegen englisch-französische Interessen erfüllbar und schränken deren Weltmachtstellung ein. Sie mit friedlichen Mitteln durchzusetzen ist unwahrscheinlich. Der Wille zur Ausgestaltung Deutschlands

³²⁾ v. Epp, Der deutsche Standpunkt in der Kolonialfrage, München 1937, S. 3

³³⁾ zit. bei Kühne, Horst, Zur Kolonialpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: ZfG. 3/1961, S. 518, Anm. 20

als Weltmacht führt daher zwangsläufig zur Notwendigkeit entsprechender Kriegsvorbereitung.“³⁴⁾

Und Hitler, der zuvor immer heuchlerisch betont hatte, daß die deutschen Kolonialforderungen für ihn keinen Kriegsgrund bildeten, da sie im Verhandlungswege lösbar seien, drohte in einer Rede am 30. 1. 1939, daß eine „Korrektur der Verteilung der Reichtümer der Erde“ durch Gewalt unvermeidlich sei, wenn Deutschland nicht nach dem „Gesichtspunkt der Billigkeit und damit auch der Vernunft an der Verteilung der Kolonien“ beteiligt werde, da nur so der Frieden in der Welt bedeutend gefestigt werde.³⁵⁾

Daß die anfängliche scheinbare Zurückhaltung der Faschisten gegenüber der kolonialen Frage nicht ernst zu nehmen war, zeigt die Tatsache, daß in der NSDAP schon vor 1933 ein Kolonialreferat bestand, das 1934 im „Kolonialpolitischen Amt“ verselbständigt wurde. Um die Zersplitterung in den Kreisen der Kolonialpropagandisten zu beseitigen und die „Einschaltung“ durchzuführen, wurden die Kolonialbünde und -vereine, die bereits als Erbschaft aus der Zeit der Weimarer Republik übernommen worden waren, im „Reichskolonialbund“ zusammengeschlossen und der ehemalige kaiserliche General Franz Ritter von Epp, der sich bereits in der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung die Sporen verdient hatte, mit dessen Führung beauftragt.

Für die Ausbildung der künftigen Kolonialbeamten wurde die Deutsche Kolialschule in Witzenhausen weiter ausgebaut. Die gesamte Propagandamaschine des Faschismus wurde in den Dienst der ideologischen Massenbeeinflussung auch im Sinne des Kolonialismus gestellt — nicht ohne Erfolg in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten, wie das starke Anwachsen der Mitgliederzahl des „Reichskolonialbundes“ erwies.

Mit dem Afrika-Feldzug im zweiten Weltkrieg wurde der erste Schritt zur Realisierung der weitgespannten Expansionspläne des deutschen Imperialismus getan, bis die totale Niederlage Hitler-Deutschlands den Kolonialplänen des deutschen Imperialismus ein vorläufiges Ende bereitete.

III. Das Wiedererstehen der deutschen imperialistischen Kolonialpolitik in Gestalt des westdeutschen Neokolonialismus

Der Ausgang des zweiten Weltkrieges bedeutete aber nicht nur das Scheitern der Kolonialpläne des deutschen Imperialismus. Er leitete den tatsächlichen Zerfall des gesamten Kolonialsystems ein, nachdem schon die Große Sozialistische Oktoberrevolution, der erstmalige umfassende Sieg der Prinzipien einer neuen Ordnung in der Welt, ein Fanal für den Befreiungskampf unterdrückter Völker in Asien und Afrika war. Dieser historisch gesetzmäßigen Entwicklung — ausführ-

³⁴⁾ zit. ebenda, S. 526, Anm. 62

³⁵⁾ ebenda, S. 526. Vgl. auch Illing, a.a.O., S. 62/63

lich in der Moskauer Erklärung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 dargelegt — läuft der Versuch der westdeutschen und der USA-Imperialisten als der aggressivsten Teile des Weltimperialismus, die befreiten Völker erneut in goldene Fesseln zu schlagen, völlig zuwider.

„Obschon schwächstes Kettenglied, bilden die Reste der Kolonialreiche und die abhängigen Länder gleichzeitig die letzte Reserve des Imperialismus. Durch deren intensivierte und modernisierte Ausbeutung unter schrittweisem Abbau gewisser veralteter Formen der Kolonialherrschaft und deren Ersetzung durch die indirekten Methoden einer angeblichen Partnerschaft zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten hofft das Finanzkapital eine erneute Stabilisierung seiner Herrschaft zu erreichen. Dabei spielt in den imperialistischen Kalkulationen nach dem völligen bzw. teilweisen Verlust der Kolonialpositionen in Asien und Nordafrika der zentrale und südliche Teil des Schwarzen Kontinents eine immer ausschlaggebendere Rolle.“³⁶⁾

Die Hauptvertreter des Neokolonialismus sind das westdeutsche Monopolkapital und die USA-Imperialisten; als Mittel dient ihnen der als „Entwicklungshilfe“ getarnte Kapitalexport. Seit der Restaurationsprozeß des westdeutschen Finanzkapitals mit freundlicher Unterstützung der USA vollzogen ist, wuchs in immer zunehmendem Maße auch dessen Interesse an Kolonien. Es sind vor allem zwei Faktoren, die das Vordringen Westdeutschlands in den sogen. „Erschließungsländern“ begünstigen:

1. Um die Überreste der kolonialen Mißwirtschaft zu überwinden, bedürfen die jungen Völker Afrikas und Asiens der wirtschaftlichen Unterstützung durch hochentwickelte Industriestaaten. Sie waren deshalb gewillt, mit allen Völkern zusammenzuarbeiten, die ihnen diese Unterstützung anboten. Da Westdeutschland hinsichtlich der industriellen Produktion an der Spitze der kapitalistischen Länder Europas steht, ist es „vor anderen darauf aus, eine Umverteilung der dem Imperialismus verbliebenen und weiterhin schrumpfenden Märkte und Einflußsphären in Asien, Afrika und Lateinamerika zu erzwingen.“³⁷⁾

2. Deutschland ist seit mehr als 40 Jahren aus den Reihen der aktiven Kolonialmächte ausgeschieden. Das bedeutet, daß jene Generation der Eingeborenen in den ehemaligen „Schutzgebieten“, die die „Segnungen“ der angeblich so humanen deutschen Kolonialherrschaft erfahren mußte, zu einem großen Teile nicht mehr existiert. Dadurch wird die Aufgabe der Apologeten des westdeutschen Neokolonialismus wesentlich erleichtert, und sie nützen diese Chance auch weidlich aus. So behauptet der westdeutsche Historiker Prof. Golo Mann:

³⁶⁾ Müller, a.a.O., S. 13/14

³⁷⁾ Prof. Dr. W. Markov auf der Konferenz über „Probleme des Neokolonialismus“ in Leipzig

„Deutschland, dessen koloniale Vergangenheit unbedeutend und heute vergessen ist, kann eine Brücke zu den ehemaligen Kolonialvölkern bilden, ohne daraus eine antieuropäische Politik zu machen.“³⁸⁾

In der Hamburger großbürgerlichen Zeitung „Die Welt“ vom 8. Februar 1960 finden wir folgende Auslassungen:

„Die Bundesrepublik ist heute vielleicht in Afrika und in Asien der wichtigste Staat des Westens. England ist durch Suez, Frankreich durch Algerien kompromittiert. Die Amerikaner haben bei aller Hilfsbereitschaft und allem guten Willen (!) in ihrem Auftreten häufig eine unglückliche Hand. Deutschland hat keine Kolonien, und die Bundesrepublik gilt als Wohlhabend. Dies ist eine Chance, aber zugleich eine Aufgabe, die zu lösen ist.“

Hier kommt unverhohlen der Wunsch zum Ausdruck, die „Chance“, die sich dem westdeutschen Monopolkapital durch den Zerfall der „alten“ Kolonialmächte bietet, auszunutzen und sich selbst an die Stelle der NATO-Partner zu setzen. Neokolonialismus ist zwar kollektiver Kolonialismus, der, als „europäische Gemeinschaftsaufgabe“ und „Gemeinschaftsaktion“ getarnt, „immer dann praktiziert wird, wenn in bestimmten historischen Situationen die Widersprüche zwischen den einzelnen Kolonialmächten zeitweilig in den Hintergrund treten vor ihrem gemeinsamen Interesse an der Ausplünderung und Niederhaltung der Kolonialvölker“³⁹⁾, wie dies in der Vergangenheit z. B. bei der Kongo-Konferenz 1884/85 und bei der Niederschlagung der nationalen Ihotwan-Bewegung in China sichtbar wurde und angesichts der wachsenden anticolonialen, antiimperialistischen Befreiungsbewegung in allen Teilen der Erde in der Gegenwart der Fall ist. Diese Tatsache hindert aber die westdeutschen Imperialisten nicht daran, die Schwierigkeiten ihrer Verbündeten für ihr eigenes verstärktes Eindringen in deren Einflußsphären auszunutzen.

So gelang es dem westdeutschen Monopolkapitalismus beispielsweise, den Export Westdeutschlands nach Afrika von 1954 bis 1957 um rund 600 Millionen DM zu steigern. In EWG und „Gemeinsamen Markt“ erblickten seine Vertreter ebenfalls Möglichkeiten, sich an der Ausbeutung der französischen und belgischen Kolonien zu beteiligen, so daß schon dadurch die aktive Bonner Unterstützung der schmutzigen Kolonialkriege in Algerien und im Kongo ihre Erklärung findet.

Im Februar 1927 schrieb der bekannte französische Dichter Henri Barbusse in der „Kolonial-Revue“ („Vierteljahrsbücher der Liga gegen Kolonialunterdrückung“, von denen aber bezeichnenderweise nur diese einzige Nummer erschien!) über die imperialistische Kolonialpolitik:

„Wie die Großmächte vorgeben, wollen sie rückständigen und schwachen Völkern die Wohltat der Ordnung und des Fort-

³⁸⁾ zit. von Prof. Markov ebenda nach „Rheinischer Merkur“, Köln, v. 20. 3. 59

³⁹⁾ Müller, a.a.O., S. 15

schritts bringen, Zivilisation verbreiten, und sie behaupten, die Interessen dieser Völker besser als sie selbst zu kennen und zu wahren.

Hinter dieser theatralischen Maske des Edelmutts verbirgt sich aber die nackte Tatsache, daß die Großmächte von den Ländern wehrloser Völker Besitz ergreifen, nachdem sie sich in diesen Ländern mit Gewalt festgesetzt haben. Sie drängen in diese Länder ein oder benutzten diplomatische Schliche oder von ihnen willkürlich ausgelegte oder provozierte Zwischenfälle, um sich alsdann als Richter dieser Länder zu proklamieren.

Im Rahmen dieser geraubten Rechte unterjochen oder beuten sie Völker aus und behandeln alle Völker und Volksstämme, die der Unterdrückung Widerstand entgegensetzen, als Rebellen. Widersetzen sich die Unterdrückten, so erklärt man, daß sie Ehre und Sicherheit der großen und edlen Räubernationalität angreifen, die ihnen den Fuß auf den Nacken gesetzt hat.“

Vergleicht man diese vor mehr als 30 Jahren geschriebenen Worte mit der Praxis der Neokolonialisten im Kongo, in Laos und Kuba, um nur einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen, so zeigt sich hier erneut, daß sich das Wesen des Imperialismus auch in dieser Beziehung in keiner Weise geändert hat, wenn auch infolge der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt die Methoden raffinierter geworden sind und seine Vertreter ihre Ziele nicht in so brutaler Offenheit zum Ausdruck bringen. Manchmal freilich lüften auch die Apologeten des Neokolonialismus die Maske des hilfreichen Biedermannes, obwohl im allgemeinen ihr Bestreben dahin geht, bei den jungen Völkern den Glauben zu erwecken, daß die „Entwicklungshilfe“ vollkommen uneigennützig gegeben wird.

„Der weiße Mann braucht Afrika. Dieser Kontinent ist für Europa zum Vorfeld geworden, auf das wir einfach nicht mehr verzichten können, ganz besonders nicht, seit Asien durch unsere eigene Schuld für uns verloren ging. Afrika ist für Europa von so ungeheurer Bedeutung, daß wir es aus allereigenem Interesse nicht aufgeben dürfen. Es wäre Torheit, dies nicht sehen und nicht anerkennen zu wollen. Wir sollten aber nicht so tun, als triebe uns allein der Wunsch, Afrika zu helfen, dorthin... Wir brauchen diesen Kontinent für die Rettung Europas, und eben weil wir ihn brauchen, können wir ihn allein schon aus Selbsterhaltungstrieb den anderen nicht überlassen.“⁴⁰⁾ (Hervorhebung von mir – G. I.)

Hier kommt der Pferdefuß der sogenannten „Entwicklungshilfe“ zum Vorschein. Denn mit ihr will man ja nicht nur gute Geschäfte machen, man will damit auch der „kommunistischen Infiltration“ entgegenwirken, wie ja überhaupt der Antikommunismus einer der tragenden Pfeiler des als Entwicklungs-

hilfe getarnten Neokolonialismus ist. Nein — „die Entwicklungshilfe darf man nicht nur karitativ sehen“, wie auch die Bonner FDP-Zeitung „Das freie Wort“ in ihrer Nummer 30/60 zugibt. „Es ist vielmehr der Versuch, die in allen Erdteilen berstenden Säulen imperialistischer Herrschaft vor dem völligen Einsturz zu bewahren“⁴¹⁾.

Das ökonomische Interesse der imperialistischen Neokolonialisten erstreckt sich nach wie vor darauf, die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder sowenig wie möglich zu einer eigenen industriellen Entwicklung gelangen zu lassen. Sie sind wie seit eh und je an ihnen als Rohstoffbasen und Absatzmärkten interessiert.

Das Bestreben der Neokolonialisten, die sogenannten Entwicklungsländer solange wie möglich am Aufbau einer eigenständigen industriellen Wirtschaft zu hindern, basiert aber nicht allein auf dieser ökonomischen Grundlage. Mögen sie ihre Augen noch so fest vor der gesellschaftlichen Entwicklung verschließen wollen — eines müssen sie dennoch erkennen: Für den Aufbau einer Industrie benötigt die nationale Bourgeoisie der jungen nationaldemokratischen Staaten die Arbeiter, und je weiter der industrielle Aufbau in diesen Ländern voranschreitet, um so rascher wird sich auch hier eine organisierte Arbeiterklasse — die ja gegenwärtig größtenteils noch fehlt — heranbilden.

Andererseits zwingt die Existenz des sozialistischen Weltsystems und die von den ihm angehörenden Völkern den jungen Nationalstaaten bereitwillig gewährte Hilfe bei der Entwicklung einer nationalen Industrie die Imperialisten, trotz ihrer Befürchtungen in dieser Hinsicht auch ihrerseits die ehemaligen Kolonien zu unterstützen. Allerdings beweist beispielsweise das Versagen des von der westdeutschen Industrie in Indien errichteten Stahlwerks, daß diese „Hilfe“ eine außerordentlich problematische Angelegenheit ist. Symptomatisch dafür ist auch eine Erklärung, die laut „Handelsblatt“ der Chef des Klöckner-Konzerns, Dr. Günter Henle, über die Entwicklungshilfe abgab:

„Was die Industrialisierung anbelangt, so sollte sie keineswegs immer gleich mit dem Bau von Stahlwerken einsetzen. Wichtiger sei die Förderung der Landwirtschaft und die Errichtung von Klein- und Mittelbetrieben.“⁴²⁾

Landwirtschaftliche Monokultur und höchstensfalls Klein- und Mittelbetriebe der Leichtindustrie — das ist es, was man im Interesse des eigenen Profits den mit der „Entwicklungshilfe“ der imperialistischen Staaten „beglückten“ Völkern gestatten will; denn gerade diese wirtschaftlichen Formen garantieren den Imperialisten auch weiterhin ihre Hegemonie.

Um diese Herrschaft zu sichern und den Zerfallsprozeß des kapitalistischen Systems aufzuhalten, bedienen sich die Impe-

⁴⁰⁾ Gedat, G. A., Europas Zukunft liegt in Afrika, Stuttgart 1954, S. 58, zit. bei Müller a.a.O., S. 14

⁴¹⁾ UPD, Heft 11/60, S. 17

⁴²⁾ ebenda

rialisten neben den alten, „bewährten“ Methoden, deren Anwendungsmöglichkeiten allerdings durch das Bestehen des sozialistischen Lagers weitgehend eingeengt wurden, auch einiger neuer Formen, differenziert je nach der Situation des betreffenden Landes. Überall, wo nur noch einige Möglichkeiten für die Anwendung nackter Gewalt bestehen, herrscht blutiger Terror, wie das Beispiel Algeriens und Angolas beweist. Die militärische Stärke des sozialistischen Lagers und dessen Eintreten für die Interessen der unterdrückten Völker aber zwingt die Imperialisten immer mehr dazu, statt offener Gewalt ökonomischen Zwang anzuwenden.

Eine der wichtigsten Methoden dieser Art war und ist der Nichtäquivalententausch: Die ökonomisch schwach entwickelten Länder sind gezwungen, die von ihnen importierten Industrieerzeugnisse zu Monopolpreisen einzukaufen, während die Abgabe ihrer eigenen Landesprodukte an den imperialistischen „Handelspartner“ zu weitaus niedrigeren Preisen erfolgt. Da gerade den in Frage kommenden Ländern freie Devisen zum Ausgleich der passiven Handelsbilanz kaum zur Verfügung stehen, ergibt sich eine ständig wachsende Verschuldung und damit auch Abhängigkeit von dem imperialistischen Staat. Es ist dies eine der wichtigsten Methoden zur Unterwerfung eines Landes unter den Willen der Imperialisten, da sie eine höhere Ausbeutung als die verschiedenen Formen des Kapitalexports gewährleistet und ein geringeres Risiko bringt. Aber auch hier wirkt sich das Bestehen des sozialistischen Lagers günstig für die betroffenen Länder aus, da der Handel der jungen Nationalstaaten mit den sozialistischen Ländern die Profitmöglichkeiten der Imperialisten verringert.

Ein weiteres Mittel, sich die ökonomisch schwach entwickelten Länder gefügig zu machen, sehen die Imperialisten in der Weigerung, die dem Lande zur Verfügung stehenden Produkte abzunehmen, oder in dem Verbot, Industrie-Erzeugnisse in diese Länder zu liefern, wenn sie sich nicht bestimmten politischen Forderungen fügen wollen. Es sei hier nur an das Beispiel Kubas erinnert. Als dieses Land sich von der Knechtung durch den amerikanischen Imperialismus befreite, glaubten die Imperialisten, es in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen zu können, als sie sich weigerten, den kubanischen Zucker abzunehmen. Die Hilfe der sozialistischen Länder machte aber diese Hoffnungen der Imperialisten zunichte und erbrachte zugleich den Beweis, daß die Zeit für derartige Erpressungsmanöver vorüber ist.

Auch an der sogenannten Entwicklungshilfe ist eigentlich nur ihr staatsmonopolistischer Charakter, der als spezifisches Merkmal neokolonistischer Anleihen gelten kann, ferner die Tatsache, daß es bei diesen Anleihen nicht mehr bloß um Erzielung und Sicherung des kolonialen Monopolprofits, sondern um die Verteidigung und Sicherung des imperialistischen Profitsystems überhaupt geht, und daß ihre ideologische Grund-

lage der Antikommunismus ist, getarnt durch demagogische Phraseologie von „Freiheit“ und „Partnerschaft“.

Eine ganz neue Methode hat allerdings Frankreich in Mauretanien praktiziert, dem es die Selbständigkeit verlieh, um es leichter ausbeuten zu können. Mauretanien wurde kein echter junger Nationalstaat; es erhielt seine formelle Selbständigkeit nur, um zu verhindern, daß Marokko seinen Anspruch auf Mauretanien durchsetzte, wie Prof. Schmidt auf der Konferenz „Probleme des Neokolonialismus“ ausführte. Auch in Madagaskar hatte die „Souveränitätserklärung“ keinen anderen Zweck, als die antiimperialistische Befreiungsbewegung abzufangen. Allerdings dürfte sich Frankreich in dieser Rechnung getäuscht haben, da selbst diese Scheinselbständigkeit den nationalen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen größere Entfaltungsmöglichkeit bietet.

Selbstverständlich sind die Interessen der Neokolonialisten an den befreiten oder den ihre Befreiung anstrebenden Kolonien nicht ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Einen breiten Raum nehmen auch militärökonomische und militärstrategische Gesichtspunkte ein, die vor allem bei den Erwägungen der USA-Imperialisten, aber auch bei den Bonner Ambitionen eine Rolle spielen. Das kommt in den Bedingungen, die an die sogenannte Entwicklungshilfe geknüpft sind und die damit „beglückten“ Völker an das amerikanische Paktsystem binden sollen, ebenso zum Ausdruck wie etwa darin, daß Waffenlieferungen einen großen Teil dieser „Entwicklungshilfe“ ausmachen.

In die aggressiven Pläne der NATO-Führung ist Nordafrika als Hinterland und strategische Basis der NATO ebenso einbezogen wie die Sahara mit ihren Stützpunkten als Rückhalt, ganz Afrika als Rohstoffquelle und der vorderasiatische Raum als Erdöllieferant sowie als Raketenbasis gegen den Süden der Sowjetunion und den Donauraum.

„Die Bedeutung des ‚Schwarzen Afrika‘ – der gewaltigen Räume südlich der Sahara – für das Wehrpotential der westlichen Welt liegt in seiner Eigenschaft als zunächst noch gesicherte Nahrungs- und Rohstoffbasis und als Ausweichraum für die luftkrieggefährdete europäische Industrie.“⁴³⁾

Unschwer lassen sich hierin die einstigen Pläne der deutschen Militaristen, der Traum von einem deutschen Kolonialreich quer durch ganz Afrika als strategische Basis der deutschen Expansion, wiedererkennen.

Selbstverständlich werden zur ideologischen Rechtfertigung des Neokolonialismus, d.h. des gemeinsamen Versuchs der Imperialisten, das Kolonialsystem mit anderen Methoden und unter anderem Namen aufrechtzuerhalten, auch alte, längst überholte und widerlegte Argumente wieder aufgewärmt. So

⁴³⁾ „Wehrwissenschaftliche Rundschau“, Heft 12/1957, S. 683, zit. in: Sperker, Hch., Zur Afrikapolitik der deutschen Imperialisten (Deutsche Außenpolitik, Sonderheft I/1960, Berlin 1960)

taucht auch die Mär von der „Primitivität“ und der „mangelnden Fähigkeit der schwarzen Rasse, Staat und Wirtschaft selbständig zu leiten“, d. h. also die alte faschistische Herrenmenschenideologie von der allseitigen Überlegenheit der Weissen, in neuer Lesart wieder auf. Danach ist die „Industrialisierung keine glückliche Lösung für Afrika, da die Afrikaner dafür nicht die nötigen Voraussetzungen haben“. Sie sind „noch nicht reif für die volle Selbstregierung“.

„Heute können die schwarzen Menschen die Geschicke ihrer Völker und Rassen einfach noch nicht selbst in die Hand nehmen. Irgendwo müssen sie sich anlehnen, müssen sie Ziel und Richtung erfahren...“⁴⁴⁾

Deshalb

„warten in Afrika alle Möglichkeiten auf uns (d. h. auf die Europäer — d. V.), dort können alle Wünsche erfüllt, alle Mängel überwunden werden, dort liegt für Europa die Freiheit, die Unabhängigkeit, der Lebensraum und die Lebensmöglichkeit für den europäischen Menschen.“⁴⁵⁾

Ersetzt man hier den Begriff der Europäer durch „Deutsche“, dann könnten diese Sätze durchaus einem Werbeprospekt der DOAG aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entnommen sein. Von der „Freiheit“, der „Unabhängigkeit“, dem „Lebensraum“ und der „Lebensmöglichkeit“ für die Eingeborenen ist dabei nicht die Rede...

Die antikommunistischen Tendenzen des Neokolonialismus stellen aber dessen Vertreter vor ein für sie schwer lösbares Dilemma: während man auf der einen Seite auf die Menschen mit anderer Hautfarbe herabsieht und sie faschistischer Tradition gemäß als minderrassig betrachtet — eine Erfahrung, die vor allem in Westdeutschland kaum einem Afrikaner oder Asiaten erspart bleibt —, müssen die Bestrebungen der Neokolonisation darauf gerichtet sein, zumindest die eingeborene Bourgeoisie und Intelligenz für die „westliche Lebensweise“ zu gewinnen. So sieht der Pariser Professor Henri Brunschwig in der sogenannten „Entkolonialisierungspolitik“, die nach seiner Darstellung England seit 1947 und Frankreich seit 1955 betreiben, den Willen, die

„Bestrebungen der eingeborenen Nationalisten, die sich wirtschaftliche Kultur angeeignet haben, zu unterstützen, Bestrebungen, die darauf abzielen, das Bildungsniveau der eingeborenen Volksmassen zu heben und dem Überhandnehmen der extrem primitiven Kräfte, die jede westliche Kultur gefährden, Einhalt zu gebieten.“⁴⁶⁾ (Hervorhebung v. Vf.)

Der Versuch einer historischen Rechtfertigung des „klassischen“ Kolonialismus, den Brunschwig in diesem Vortrag unternimmt, führt ihn zu der grotesken Feststellung, daß die Eingeborenen gerade in dem Augenblick

⁴⁴⁾ Gedat, a.a.O., S. 57, zit. bei Müller, a.a.O., S. 16

⁴⁵⁾ Gedat, S. 9, zit. bei Müller, ebenda

⁴⁶⁾ H. Brunschwig, Vom Kolonial-Imperialismus zur Kolonialpolitik der Gegenwart, Wiesbaden 1957, S. 26 ff.

„einem aggressiven, aller Zusammenarbeit feindlichen Nationalismus (verfielen), in dem die Mutterländer auf die Ausbeutung der Kolonien verzichteten und sich auf einen mehr kulturellen als merkantilen Imperialismus hin orientierten.“⁴⁷⁾

Diese Umkehrung der Tatsachen, die die Vorrangigkeit wirtschaftlicher Interessen und deren Wahrung durch den modernen Kolonialismus negiert und die Ursache für die Wirkung ausgibt, d. h. die durch die nationale Befreiungsbewegung erwungene staatliche Selbständigkeit der bisherigen Kolonien als einen Akt guten Willens der „Mutterländer“ darstellt, ist typisch für die Apologeten des Neokolonialismus.

Zur ideologischen Untermauerung der neokolonialistischen Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitalismus muß auch das selbst von prominenten bürgerlichen Forschern längst widerlegte Märchen von der „Geschichtslosigkeit“ Afrikas dienen. Mit der Behauptung, daß der weiße Mann in Afrika in ein kultur- und geschichtsloses Vakuum vorstieß, soll einmal das Bestehen antagonistischer Widersprüche zwischen Kolonialherren und Kolonialuntertanen geleugnet und zum anderen die Berechtigung dieses Eindringens der Weissen als „Kulturbringer“ nachgewiesen werden. Zugleich dient diese Fabel der Rehabilitierung des Kolonialismus in seiner alten und neuen Erscheinungsform.

Anhänger und Verfechter des Neokolonialismus finden wir in Westdeutschland aber nicht nur in den großbürgerlichen Kreisen und den mit ihnen sympathisierenden Schichten. Der Antikommunismus als ideologischer Hintergrund des Neokolonialismus führt dazu, daß alle sogenannten „Hilfsaktionen“ für die schwach entwickelten Länder unter dem Aspekt gesehen werden, daß damit „der kommunistischen Propaganda das Wasser abgegraben wird“. Das ist auch der Grundgedanke in dem Geleitwort, das der DGB-Vorsitzende Willi Richter für einen zum 1. Mai 1960 ergangenen Aufruf zu der Spendenaktion „Wir helfen!“ schrieb:

„Das Gelingen dieser Aktion hat in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.“

Es ist das ein erneuter Beweis dafür, daß die rechte Gewerkschaftsführung in Westdeutschland die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Arbeiterklasse auch hinsichtlich der Einstellung zum Kolonialismus restlos über Bord geworfen hat. Allein schon die aktive Unterstützung, die diese vom DGB gestaltete „Hilfsaktion“ auch durch direkte Spenden bei den Arbeitgeberverbänden fand, ist bezeichnend für deren neokolonialistischen Charakter. Dagegen zeigt die Ablehnung der Aktion durch große Teile der westdeutschen Arbeiterschaft, daß diese auch heute nicht gewillt ist, neokolonialistische Bestrebungen — und seien sie auch noch so „gut“ getarnt — zu fördern.

⁴⁷⁾ ebenda, S. 29

Leider — und das ist für uns als Christen eine belastende Hypothek — stellten sich vielfach auch die Kirchen in Gestalt der Missionen in den Dienst des Kolonialimperialismus. Schon in den Anfängen des europäischen frühkapitalistischen Kolonialismus war die Verkündung der christlichen Botschaft vielfach nur der Deckmantel für die hemmungslose Vernichtung hochstehender Kulturen in Süd- und Mittelamerika und für die Ausplünderung und Versklavung der eingeborenen Bevölkerung⁴⁸⁾. Männer wie der Dominikanerpater Las Casas bildeten seltene Ausnahmen⁴⁹⁾.

Aus der engen Bindung der Kirche an die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung resultiert die Unterstützung des imperialistischen Kolonialismus, an dem die verschiedenen Missionsgesellschaften teilweise direkt durch den Betrieb eigener Plantagen, Farmen und Faktoreien beteiligt waren, wie auch die des Neokolonialismus in der Gegenwart. Vielfach waren die Missionare bewußt oder unbewußt Wegbereiter des Kolonialismus, wie u. a. das Beispiel Livingstones und der Kongokolonie beweist.

Im Zeitalter der Kolonialmission sahen Missionare aller Konfessionen ihre Aufgabe großenteils darin, die Eingeborenen davon zu überzeugen, daß die Herrschaft der Weißen Gottes Wille sei. Ein wesentliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles waren die Missionsschulen, die in weiten Gebieten Schwarzafrikas die einzigen „Bildungsmöglichkeiten“ für die Kinder der eingeborenen Bevölkerung waren. „Aufgabe der Mission wurde es, den Afrikanern bestimmte Kenntnisse zu vermitteln, ohne die nicht ernsthaft an die wirtschaftliche Ausbeutung des afrikanischen Kontinents gedacht werden konnte. Die Notwendigkeiten und Erfordernisse der organisierten Ausbeutung erzwangen die Einrichtung eines gewissen Bildungswesens.“⁵⁰⁾

Aber wie in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Bourgeoisie, an der Heranbildung qualifizierter Facharbeiter interessiert, durch die unter bürgerlichem Einfluß entstandenen ersten Arbeiterbildungsvereine wider Willen half, den Grundstein für die Organisierung der Arbeiterklasse zu legen, so war auch in den kolonial unterdrückten Ländern die Auswirkung solcher Maßnahmen oft eine andere, als die Kolonialherren gehofft hatten. Nicht wenige jener Männer und Frauen, die heute als Führer der nationalen Befreiungsbewegung in der vordersten Linie des antiimperialistischen Kampfes stehen, haben die Grundlage ihrer Bildung in Missionsschulen erhalten.

Bei der Betrachtung der Rolle, die die Missionstätigkeit im Dienste der imperialistischen Kolonialpolitik gespielt hat, soll

⁴⁸⁾ vgl. Illing, a.a.O., S. 57 ff.

⁴⁹⁾ Las Casas, *Leben und Werk*, Leipzig 1958

⁵⁰⁾ Loth, Heinrich, *Von der kolonialen Mission zum kirchlichen Kolonialismus*, in: *Deutsche Außenpolitik, Sonderheft I/1960*, S. 61

nicht übersehen werden, daß zahlreiche Missionare, vom gleichen Geiste wie der große Humanist Albert Schweitzer getrieben, hinauszogen, ihren schwarzen Brüdern zu helfen. Andererseits aber hat das Verhalten zahlreicher Sendboten der Missionsgesellschaften, vor allem deren Streit um die Missionsgebiete, aber auch ihre direkte und indirekte Beteiligung an der kolonialen Ausbeutung, sehr oft dazu geführt, bei den farbigen Völkern die christliche Verkündung unglaubwürdig zu machen, da Worte und Taten nur allzu häufig miteinander in Widerspruch standen.

Wie in den Anfängen der deutschen Kolonialexpansion sich kirchliche Kreise deren Unterstützung angelegen sein ließen, so finden wir auch heute wieder besonders in den Vertretern des politischen Klerikalismus Fürsprecher und Helfershelfer des Neokolonialismus, auch wenn man dafür heute wohlklingendere und unverfängliche Bezeichnungen gebraucht. Die Einstellung führender katholischer Missionskreise beispielsweise deckt sich im Hinblick auf die „Erhaltung Afrikas als Rohstoffbasis für Europa“ (lies: für die Monopole Westdeutschlands und der USA!) weitgehend mit der oben (S. 29) gekennzeichneten Auffassung Dr. Henles:

„Bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen spielt ohne Zweifel die Industrie eine bedeutende Rolle. Gewaltige Industrieanlagen zur Energieerzeugung, zur Hebung und Verarbeitung der Rohstoffe werden in fast allen Entwicklungsländern mit Hilfe ausländischen Kapitals errichtet. Mögen solche Unternehmungen auch zunächst dem Ehrgeiz dieser Länder schmeicheln, einsichtige Führer dieser Völker sind schon dabei, die oft allzu schnelle Industrialisierung abzustoppen; denn die Mängel solcher überhasteten Entwicklung, die zu schnell und unvorbereitet die Menschen dieser Länder entwurzelt, sie oft haltlos dem Materialismus preisgibt, machen sich schon bemerkbar. Eine gut geplante Entfaltung der Kleinindustrie erzielt hier auf die Dauer bessere Ergebnisse, ist auf die Dauer krisenfester, stärkt die Privatinitiative, hebt den Lebensstandard, fördert die Verantwortung des einzelnen.“⁵¹⁾

Objektiv wird also auch von gewissen kirchlichen Kreisen der Versuch unternommen, die wirtschaftliche Entwicklung der jungen Nationalstaaten zu hemmen und sie auf diese Weise weiterhin in ökonomischer Abhängigkeit von den hochentwickelten imperialistischen Industriestaaten zu halten, um so die schwer erkämpfte politische Selbständigkeit wieder zunichte zu machen. Nur schlecht verbirgt sich auch hier hinter dem vorgeblichen Interesse für die ökonomisch schwach entwickelten Länder die Sorge, daß bei einem Zunehmen und Erstarben der Arbeiterklasse dem nationalen das soziale Erwachen folgen könnte und der so gefürchteten „kommunistischen Infiltration“ der Boden bereitet würde.

⁵¹⁾ „Die katholischen Missionen“, Jg. 1959, Heft 1, S. 5/6, zit. bei Loth a.a.O., S. 65, Anm. 13

Schlußbetrachtung

„Eine Welt ohne Kolonien!“ forderte N. S. Chruschtschow 1960 unter dem stürmischen Beifall der Delegierten der befreiten Völker vor dem Forum der Vereinten Nationen. In der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 wurde festgestellt, daß das Kolonialsystem in unaufhaltsamem Verfall begriffen sei. Der gesellschaftliche Umbruch, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann und die allgemeine Krise des Kapitalismus vor aller Welt offenbar machte, war auch der Beginn des Zusammenbruches der Kolonialherrschaft alten Stils.

Mit Recht weist die Moskauer Erklärung darauf hin, daß der „Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems“⁵²⁾ ist. Der Versuch der Imperialisten, diesen Verfall mit scheinbar neuen Methoden, denen des kollektiven Kolonialismus, aufzuhalten, wird an der Kraft des sozialistischen Weltsystems und an der Stärke der nationalen Befreiungsbewegung scheitern.

Der Neokolonialismus in seinen vielfältigen, wenn auch nicht immer neuen Erscheinungsformen ist ein Wesensbestandteil des Weltimperialismus, der in ihm den letzten Rettungsanker sieht.

Unser Kampf gegen den Neokolonialismus ist ein Bestandteil unseres Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus als einen der Hauptvertreter des Neokolonialismus. Der im Bonner Staat wiedererstandene deutsche Imperialismus und Militarismus ist ein Feind der farbigen Völker und zugleich der Todfeind der deutschen Nation. Sein Bestreben geht dahin, die verlorenen Positionen auf jede Art und Weise wiederzuerobern, seinen Macht- und Einflußbereich sowohl auf das Territorium unserer Republik auszudehnen wie durch die Hintertür der sogenannten „Entwicklungshilfe“ auch in den ehemaligen Kolonien wieder Fuß zu fassen.

Die Deutsche Demokratische Republik, als ein Staat der Arbeiter und Bauern und als fester Bestandteil der sozialistischen Völkergemeinschaft, setzt sich entschlossen für die Beseitigung der Reste des Kolonialismus ein, wie sie N. S. Chruschtschow auf der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen forderte. Sie wird mit allen Kräften den Befreiungskampf der noch unterdrückten Kolonialvölker materiell und ideologisch unterstützen — eine Aufgabe, an der auch wir als Christen freudig mitarbeiten wollen, um so einen Teil der Schuld abzutragen, mit der sich die „christlichen Kolonisatoren“ in Vergangenheit und Gegenwart diesen Völkern gegenüber belastet haben.

⁵²⁾ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“, November 1960. Referat Walter Ulbricht und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED. 15.–17. 12. 1960. Berlin 1961, S. 40

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Melnecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb Adolf Niggemeler, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilieferung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM